

Holger Haibach (30.08.2015)

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Oktober 2015www.kas.de

Chile ist von jeher ein stark durch Einwanderung geprägtes Land. Im 19. Jahrhundert erlebte Chile vor allem Zuwanderung aus Europa (Spanien, Deutschland, Großbritannien und Irland). Eine weitere Welle von Einwanderern aus Europa war nach dem Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen. Aber auch aus Ländern des Nahen Ostens (Palästinenser zu Beginn des 20. Jahrhunderts) und Asien (seit Beginn des 21. Jahrhunderts) gibt es signifikante Einwanderungsströme. Hinzu kommt die Zuwanderung aus Mittelamerika und den Nachbarländern. Trotz der Tatsache, dass es eine solch lange Tradition von Zu- und Einwanderung in Chile gibt, ist das Land hinsichtlich seiner Gesetzgebung in Bezug auf diese Themen nicht sonderlich gut aufgestellt.

Auch spielten Migration und Flucht in der veröffentlichten Meinung in der jüngeren Vergangenheit eine eher untergeordnete Rolle. Erst parallel zur Berichterstattung über die Flüchtlingsströme in und nach Deutschland und der darauf folgenden Reaktionen finden sich, vor allem in den sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter, Einträge mit Bezug auf die hiesige Situation. Dabei steht vor allem die Einwanderung aus dem Nachbarland Peru, das bei weitem die größte Anzahl von Migranten stellt, im Vordergrund. Diese Gruppe vom Migranten wird oft kritisch beäugt, ja zum Teil mit beleidigenden und rassistischen Äußerungen bedacht, was angesichts des fast schon traditionell angespannten Verhältnisses zwischen beiden Ländern nicht verwundert.

In der chilenischen Tagespresse wird das Thema Migration gegenwärtig vor allem vor dem Hintergrund der Migrationsbewegungen in Europa diskutiert. Dabei wird sowohl auf die teilweise schlechten Lebensbedingungen der Flüchtlinge eingegangen, als auch auf deren Motive. Dies gilt sowohl für die Berichterstattung in Bezug auf die europäische, als auch auf die inländische Situation. In entsprechenden Artikeln findet man immer wieder Statistiken zu den verschiedenen Flüchtlingsströmungen.

Verschiedene Tageszeitungen haben sich im Verlauf dieses Jahres insbesondere mit dem Thema Einwanderung in Deutschland beschäftigt. Dabei wird darauf hingewiesen, dass es in Deutschland vermehrt zu islamfeindlichen Demonstrationen kam. Hierzu heißt es in einem Bericht der „La Tercera“, einer der größten chilenischen Tageszeitungen, dass in Deutschland eine neue Form von Rassismus entstanden sei, die sich in Bewegungen wie Pegida äußere. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Demonstrationen gegen diese Bewegungen bis dato überwiegen. Dies sei auch der Grund dafür, dass islam- oder ausländerfeindliche Bewegungen bisher keinen starken Rückhalt in der Bevölkerung gefunden hätten. Kritik am Vorgehen der Regierung bzw. Behörden findet man gegenwärtig nicht.

Während der Zeit der Militärdiktatur nahm die Zahl der Einwanderer nach Chile rapide ab. In den 70er und 80er Jahren betrug der Anteil von Migranten an der Bevölkerung weniger als ein Prozent. Gleichzeitig kam es zu einer zum großen Teil politisch motivierten Auswanderungswelle nach Europa (Spanien, BRD, DDR, Ungarn) und in die USA, zum Teil auch nach Kanada und, im kleineren Umfang, auch nach Asien.

Mit der Rückkehr zur Demokratie und der Regierungsübernahme von Präsident Aylwin im Jahr 1990 setzte die Zuwanderung wieder vehement ein. Allein die Zahl der Einwanderer aus Peru, das mit 37,8 Prozent (oder ca. 131.000 Personen) die größte Gruppe von Migranten in Chile stellt, ist zwischen 1990 und 2002 um über 400 Prozent gestiegen.

Nach den Peruanern sind die Argentinier mit etwa 15 Prozent die zweitgrößte Gruppe unter den Einwanderern. Hinzu kommen Migranten aus den Staaten der Pazifik-Allianz (Mexiko, Kolumbien und Ecuador plus Costa Rica als Beobachterstaat und mögliches neues Mitglied), für die die Einwanderung relativ einfach ist, da es keine Visumpflicht innerhalb der Allianz mehr gibt und, vor allem im Norden des Landes, aus Bolivien. Bei den unter 15-jährigen Migranten stellen die Argentinier die größte Gruppe (27,9 Prozent), gefolgt von Ecuador (19

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Prozent), Bolivien (13 Prozent) und Peru (9,7 Prozent). Weiterhin gibt es Zuwanderung aus Mittelamerika und der Karibik und aus Asien. Die größte offiziell gemeldete Gruppe an Flüchtlingen kommt aus Kolumbien (967 Personen). Auch gibt es Flüchtlinge aus Venezuela (Anzahl unbekannt).

Demographisch gesehen handelt es sich bei den in Chile lebenden Migranten um eine Gruppe größtenteils jüngerer Menschen. Kaum ein Zuwanderer ist älter als 60 Jahre. Grund hierfür ist die Tatsache, dass es sich bei Migration in Chile hauptsächlich um Arbeitsmigration bzw. um Migration aus Gründen der Ausbildung (schulisch und universitär) handelt. Bemerkenswert ist auch, dass 56,1 Prozent der Zuwanderer aus Peru Frauen sind. Bisweilen wird hier von einer *Feminización* gesprochen.

Die Zuwanderung konzentriert sich stark auf die Region um die Hauptstadt Santiago de Chile. So lebten im Jahr 2010 64,8 Prozent aller Zuwanderer in Chile in der *Región Metropolitana*. 77,9 Prozent aller in Chile ansässigen Peruaner und 46,3 Prozent aller Argentinier leben dort. Dies ist zum einen darin begründet, dass diese Region die größten Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Ausbildung bietet. Zum anderen ist Chile ein stark zentralistisch orientierter Staat, so dass sich fast alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zentren und Institutionen in der Metropolitanregion befinden, ebenso wie etwa 40 Prozent der Bevölkerung. Ein weiterer Migrationschwerpunkt befindet sich im Norden des Landes (Antofagasta, Iquique, Arica), wo sich hauptsächlich Einwanderer aus Peru und Bolivien niederlassen.

Die rechtliche Grundlage für den Aufenthalt von Migranten in Chile bildet immer noch die unter der Militärdiktatur im Jahr 1975 beschlossene *Ley de la Extranjería*, die im Wesentlichen zum Ziel hatte, Zuwanderung zu begrenzen und den Zuwanderern wenig bis gar keine Rechte einräumte. Im Jahr 2008, in der ersten Präsidentschaft von Michelle Bachelet, wurde das Präsidialdekret Nr. 8 erlassen, das die Rechte von Migranten, unabhängig von ihrer Herkunft, stärken sollte. Es betraf Regelungen zur Bewegungsfreiheit und den unbeschränkten Aufenthalt, Meinungsfreiheit und Zugang zur Gerichtsbarkeit, Bildungs- und Gesundheitssystemen.

In der Praxis ist die Situation für viele der Migranten allerdings nach wie vor schwierig. So gibt es zwar das Recht auf Zugang zur Bildung. Programme zur Integration fehlen aber völlig. Hinzu kommt, dass es Schulen gibt, die fast nur von Migranten besucht werden, was die Integration noch weiter erschwert.

Im Bereich der Gesundheitsvorsorge ist es ohne ein Visum quasi unmöglich, eine adäquate Behandlung zu bekommen. Darüber hinaus gibt es immer wieder Berichte darüber, dass trotz bestehender rechtlicher Regelungen Migranten der Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt wird. Im Jahr 2009 hatten etwa 16 Prozent aller Migranten keinen Zugang zu irgendeiner Form der Gesundheitsversorgung. Etwa 21 Prozent aller Migranten haben keinen gültigen Mietvertrag, der Anteil an Haus- oder Wohnungsbesitzern ist verschwindend gering.

Lediglich für zwei Gruppen von Migranten existieren gesonderte Vereinbarungen zwischen Chile und den Herkunftsländern. Zum einen gibt es zwischen Chile und Peru eine Reihe von Abkommen in den Bereichen kultureller Austausch, Bildung, Schutz von Arbeitnehmerrechten und sozialer Entwicklung. Die Situation der Peruaner ist auch deshalb anders als die anderer Migranten, weil viele von ihnen nur für einige Zeit in Chile leben und dann wieder nach Peru zurückkehren. Während der Zeit ihres Aufenthalts in Chile leisten sie durch Zahlungen an ihre in der Heimat verbliebenen Familien (Remittances) auch einen Beitrag zum Einkommen ihres Heimatlandes (etwa 80 Mio. US Dollar pro Jahr).

Zum anderen entfällt für die Anwohner der Mitgliedsstaaten der Pazifik-Allianz die Visumpflicht. Darüber hinaus gibt es eine Vereinbarung der Mitglieder der Allianz zu Mindeststandards im Bereich der Migration.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Im multilateralen Bereich hat sich Chile zur Einhaltung folgender Konventionen und Verträge verpflichtet: Regionalkonvention zur Anerkennung von Studienabschlüssen, Titeln und Diplomen im Bereich der Höheren Bildung in Lateinamerika und der Karibik (1974), Internationale Konvention der Vereinten Nationen über den Schutz von Migranten als Arbeiter und deren Familien (1990; Chile ist 2005 beigetreten), Übereinkunft zur Anerkennung von Reisedokumenten der Staaten des MERCOSUR sowie assoziierter Staaten und die Iberoamerikanische multilaterale Vereinbarung über den Sozialversicherungsschutz. Zudem hat sich Chile zur Einhaltung der Regelungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verpflichtet. Fehlen nationalstaatliche Regeln, greifen chilenische Gerichte bei Rechtsstreitigkeiten, die Migranten betreffen, direkt auf entsprechende internationale Vereinbarungen zurück.

Durch die Zuwanderung aus Peru, aber auch aus den Staaten Mittelamerikas und der Karibik, ist es in den vergangenen Jahren vermehrt zu Problemen auf dem „informellen“ Arbeitsmarkt gekommen. Berufe, die besonders während der Zeit der Militärdiktatur im Wesentlichen von Chilenen (hauptsächlich Frauen) ausgeübt wurden, werden heute häufig von Zuwanderinnen besetzt. Das betrifft vor allem Putzfrauen, Hausmädchen, Kindermädchen, zuweilen auch Hausmeister. Migrantinnen bieten ihre Dienste aufgrund ihrer prekären Situation oft wesentlich günstiger an als Chileninnen. Es werden keine Arbeitsverträge abgeschlossen, es gibt keine Gesundheits-, Sozial- oder Rentenvorsorge, Arbeitsrechte werden oftmals schlichtweg nicht beachtet. Dies führt in vielen Fällen zu einem Verdrängungswettbewerb und einem „Race to the Bottom“ hinsichtlich der Entlohnung.

Chile hat schon seit langem eine Zuwanderung in Berufen zu verzeichnen, die eine spezielle Qualifikation verlangen. Dies betrifft zum einen den Minensektor, zum anderen verschiedene Sparten im Dienstleistungsgewerbe (Versicherungen, Unternehmensberatungen, Banken).

Dass Chile in diesen Bereichen auf Zuwanderer angewiesen ist, hat seinen Grund im Wesentlichen darin, dass es trotz aller Bemühungen in den vergangenen 25 Jahren immer noch kein etabliertes Berufsausbildungssystem gibt. Ein Schulabgänger studiert entweder an einer Universität oder hat eben gar keinen Berufsabschluss. Das führt auch dazu, dass viele Berufe, in denen in Deutschland der Berufsabschluss auf dem Weg der dualen Ausbildung erworben wird, in Chile an Universitäten unterrichtet werden, mit der Konsequenz, dass den Absolventen dieser Studiengänge jeder Bezug zur Praxis fehlt.

Kamen Migranten im Bereich der Hoch- oder Spezialqualifikation bisher im Wesentlichen aus Europa oder den USA, so findet heute die Zuwanderung vermehrt aus Asien (Korea und Taiwan) statt, ein Zeichen für die Stärkung der Beziehungen zwischen Chile und dem asiatischen Kontinent.

Chile, ein Land mit einer langen Tradition im Bereich der Zuwanderung, hat noch einen langen Weg vor sich, wenn es um die Integration von Migranten geht. Dies betrifft nicht nur Fragen der Gesetzgebung oder staatlichen Handelns, sondern vor allem des gesellschaftlichen Klimas, das, vielleicht auch bedingt durch die lange Zeit der Isolation während der Militärdiktatur, noch nicht darauf ausgerichtet ist, Integration als Aufgabe zu begreifen.

Costa Rica

Stefan Burgdörfer (03.09.2015)

Die Bilder von im Mittelmeer ertrunkenen Kindern und von Menschenmassen, die in Züge drängen, gingen um die Welt und gelangten auch bis nach Costa Rica. In den Fernsehnachrichten und den Zeitungen ist die Flüchtlingskrise präsent. Dabei stehen die menschlichen Dramen im Vordergrund, während die politischen Hintergründe und Lösungsansätze weniger beachtet werden. Die Ereignisse werden selten in dem größeren Zusammenhang gesehen, durch den sie zu einer ernststen Krise in Europa und für die Europäische Union werden.